380 8/2002

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Schluss mit den Kriegsvorbereitungen

Klar ist - Bush will Krieg mit dem Irak. Was auch immer vorgeschoben wird - der Hauptgrund ist: Der Irak schwimmt auf Öl.

Jüngsten Medienberichten zufolge erwägt das Pentagon angeblich nun, einen gezielten „Enthauptungsschlag" in Bagdad selbst vorzunehmen. Parallel dazu erhöht Washington den Druck auf die Nachbarländer Iraks, die allesamt einen Krieg ablehnen. Europa hüllt sich meist in Schweigen, außer Großbritannien. „Bushs Pudel" Blair will natürlich dabei sein. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Frankreichs Präsident Jacques Chirac meinten bei ihrem Treffen in Schwerin, ein Krieg gegen Irak könne nur mit einem UNO-Mandat akzeptiert werden. In Wahlkampfreden sprach sich Schröder gegen Krieg aus. In vielen Medien wird mittlerweile über Angriffsszenarien spekuliert, ohne die Rechtmäßigkeit des Vorhabens in Frage zu stellen.

Bush will zuschlagen, obwohl gerade über neue UN-Waffeninspektionen im Irak gesprochen wird.

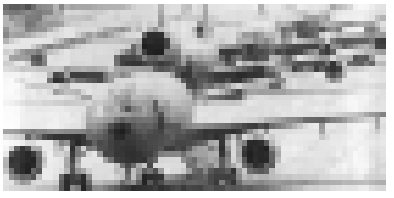
Im März hatte der irakische Außenminister neunzehn Fragen an den UN-Sicherheitsrat übergeben. Irak will u.a. von der UNO wissen, wie das Inspektorenteam strukturiert sein und arbeiten werde, welche Befugnisse es habe und wie der Generalsekretär das Team kontrolliere. Man fordert Garantien, dass die Inspektoren nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, spionieren. Irak möchte eine Stellungnahme des Sicherheitsrates zu den Flugverbotszonen, den US-Kriegsdrohungen und möchte wissen, ob es einen Weg gebe, die Iraker für die »wirtschaftlichen und menschlichen Verluste« durch das 12-jährige UNO-Embargo zu entschädigen. USA-Kriegsminister Rumsfeld darauf: Neue Inspektoren bräuchten die »absolute Freiheit überall hinzugehen, zu jeder Zeit, ohne Ankündigung«. Und: *»Es ist wohl kaum zu erwarten, das der Irak einem solchen Inspektionsregime zustimmen wird.«*

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat sich erneut gegen einen möglichen US-Angriff ausgesprochen. Er sprach damit offensichtlich auch dem jordanischen König Abdullah II. aus dem Herzen der in der Washington Post die USA eindringlich vor einem Militärangriff auf Irak gewarnt hatte: „Es wäre ein schrecklicher Fehler, wenn Washington die Warnungen seiner Verbündeten vor einem solchen Angriff mißachten würde."

Was hat das alles mit uns zu tun? Die Welt ist klein geworden - das nächste Kriegsabenteuer der USA kann die halbe Welt in Flammen setzen. Direkt neben unserer Haustür ist ausserdem die US-Air-Base, über die jetzt schon die Kriegsvorbereitungen laufen.

Vor einem Jahr versicherte Schröder den USA „uneingeschränkte Solidarität". Jetzt, wenige Wochen vor der Bundestagswahl sagte er: „Die SPD garantiert Sicherheit vor Krieg".

Wir sagen: Da könnte man doch eigentlich jetzt schon die deutschen Spürpanzer und die Flotte vom „afrikanischen Horn" zurückholen. Die Regierung sollte eindeutig erklären, dass sich Deutschland nicht mehr an US-Kriegsabenteuern beteiligt. Und diese Absage muss unabhängig von einem möglichen UN-Mandat gelten. Stoppt Bush!



GALAXY & MORE

Zur Zeit ärgern wir uns alle über „miles & more". Dabei werden andere Unverschämtheiten nicht so wahrgenommen. Da erhielt der Hessische Fluglärmbeauftragte eine lapidare Information der „US-Rhein-Main-Air-Base", in englisch natürlich, in der es übersetzt u.a. heißt: „Zur Unterstützung der Aktion 'Dauerhafter Frieden' gegen den Terrorismus plant die Führung des Transportgeschwaders bis Ende August täglich 24-30 militärische Flugbewegungen". Geflogen wird mit den großen und lauten Galaxy und Globemaster III. Galaxy-Starts wird es vorzugsweise in den frühen Morgenstunden geben. Schon zynisch heißt es in der US-Information: „Die überwältigende öffentliche Unterstützung und das Verständnis der Bevölkerung für den 24-Stundenbetrieb wird dankbar entgegengenommen."

Jeder sollte es wissen, die Amerikaner bereiten neue Kriegsabenteuer vor und die Rhein-Main Air Base hat eine, wie sie mitteilen „strategische Schlüsselstellung". Was macht es da schon, wenn nachts eine ganze Region aus dem Schlaf gerissen wird?

Jeder sollte es wissen, was da über unsere Köpfe transportiert wird: Die militärische Nutzung des Rhein-Main Flughafens besteht in Transporten von Militärgütern und der zeitweisen Stationierung von Tankflugzeugen. Diese führen z.B. bis zu 90 Tonnen Kerosin als Last zusätzlich zum eigenen Treibstoff beim Start mit sich.

Es ist wirklich Zeit zum Aufwachen! rh

Kriegspolitik in Schwarz

„Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser.“
Das Wahl-Motto Gerhard Schröders von der Bundestagswahl 1998 könnte man genauso auf die politischen Vorhaben Edmund Stoibers übertragen, falls er nach dem 22. September 2002 zum Bundeskanzler gewählt werden sollte. Wir machen nichts anders, bedeutet, die Politik eines Bundeskanzlers Edmund Stoiber wird sich von der bisherigen Politik eines Bundeskanzlers Gerhard Schröder nicht wesentlich unterscheiden. Der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee soll weitergehen und diese Bundeswehr soll weiterhin dazu genutzt werden, deutsche Interessen weltweit militärisch durchzusetzen. Nur, Edmund Stoiber und die CDU/CSU-Führung möchten dies viel besser - durch mehr Geld, mehr Spezialtruppen und stärkere Interessendurchsetzung vor allem in der EU, aber auch in der Nato - zu Stande bringen.
Ganz deutlich wird es aktuell: Der CDU-“Wehrexperte“ Schäuble will natürlich Bush im Irak voll unterstützen.

Bundeswehr soll für die „innere Sicherheit“ sorgen

Im CDU/CSU-Regierungsprogramm heißt es: „Innere und äußere Sicherheit lassen sich immer weniger voneinander trennen. Wir brauchen Strukturen, in denen sich die Kräfte für äußere und innere Sicherheit wirksam ergänzen. Wir werden klare Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten schaffen, um in besonderen Gefährdungslagen den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen ihrer spezifischen Fähigkeiten ergänzend zu Polizei und Bundesgrenzschutz zu ermöglichen“.

Parlament soll in Kriegsfragen ausgeschaltet werden

Die CSU spricht eine klare Sprache: „Das Verfahren zur Wahrnehmung des Parlamentsvorbehalts bei Bundeswehreinsätzen bedarf der Überprüfung. Es müssen Wege gefunden werden, die es der Bundesregierung in Vorbereitung der abschließenden Entscheidung des Parlaments erlauben, Vor- und Erkundungskommandos der Bundeswehr ins Einsatzland zu entsenden. Gleichzeitig muss die Frage geklärt werden, wie die Verantwortlichkeit der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag nach einer Entsendung wahrgenommen werden kann.“
Das Parlament soll bei militärischen Interventionen also entmachtet werden. Anscheinend soll allein die Regierung über Krieg und Frieden entscheiden dürfen. Die parlamentarische Kontrolle wäre ausgeschaltet.
(Auch daran denken: Am 22. September 2002!)

Wochenzeitung der DKP

Probeexemplare
Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
e-Mail:
NeueImpulse@aol.com

Sehr lesenswert!

MILES & MORE

Leserbrief

Zu den Diskussionen um die private Nutzung des Lufthansa-Bonus durch Abgeordnete erhielten wir Zuschriften.
Hans Dieter Zepf, Pfarrer i.R., meinte u.a.:

„Ich bin verärgert und enttäuscht über Gysis Verhalten. ... Ich hätte ihn weiterhin gerne im Bundestag gesehen; seine hohe Intelligenz, seine rhetorische Brillianz und seine politischen Analysen fehlen dort. ...
Dass Gysi nicht gewußt haben will, dass er dienstlich angefallene Bonusmeilen nicht privat nutzen darf, klingt wenig plausibel. Er ist Jurist! Übrigens, so etwas zu wissen, erfordert lediglich gesunden Menschenverstand.
„Vom Instinkt verlassen oder naiv“ beides ist gefährlich in der Politik. Und beides passt nicht zu Gysi. Aber hier gilt wohl, was Karl Marx in bezug auf die Gesellschaft sagte auch für das Individium. „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“. Gysi hat dies, was ihn ehrt, richtig erkannt.
Trotz meiner Enttäuschung werde ich am 22. September die PDS wählen, weil sie in der Parteienlandschaft von allen Übeln immer noch das kleinste ist. ...
Ich hoffe, dass die PDS wieder in den Bundestag einzieht mit Leuten, die analytisch begabt sind und ihre Überzeugungen rhetorisch vermitteln können. Wir brauchen in der gegenwärtigen politischen Situation eine Opposition, die den Finger auf wunde Stellen in der herrschenden Politik legt.

GEMEINSAM GEGEN DEN FLUGHAFENAUSBAU

Gegen Ruhestörung

Die Fraktion der DKP/OL stellte nachfolgenden Antrag im Stadtparlament:
Der Magistrat wird beauftragt Strafanzeigen gegen Fluggesellschaften wg. Ruhestörung zu stellen, wenn deren Maschinen im Stadtgebiet in der Zeit von 22-6 Uhr einen Lärmpegel verursachen, der 70 dB(A) übersteigt.

In der Begründung heißt es:
Es gibt viele nächtliche Überflüge, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt aus dem Schlaf reißen.
Aktuelle Beispiele sind Überflüge am 25.7. mit 81,5 dB(A) und 73 dB(A).
Insbesondere ist auch an Überflüge von Militärmaschinen zu erinnern.
Beispiel: 16.7. Galaxy, 4.32 h auf der Startbahn-West gestartet,hatte noch über Klein-Gerau 92 dB (A).
(Fluglärmbeauftragter Brunier hält das „im Rahmen des zu Akzeptierenden“).
Das sehen wir anders.
Die Stadt hat eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Einwohnern. Strafanzeigen sind deshalb sinnvoll und notwendig, wenn allgemeine Appelle nichts fruchten.
Auch wenn ein Klagerecht der Stadt bezweifelt wird halten wir es für unzumutbar, wenn bei einem „lauten Grillfest“ die Polizei erscheinen muß, während bei ständigem Fluglärm den Kommunen die Hände gebunden sein sollen. Wir wollen, dass die Stadt demonstrativ neue Wege geht.

Nach Aussagen des Umweltbundesamtes ist eine „Aufwachwahrscheinlichkeit“ von 10% schon bei einem Überflug von 68 dB(A) zu erwarten. Für ältere Menschen wird diese Aufwachwahrscheinlichkeit bereits bei 61 dB(A) erreicht.
Die Lärmereignisse lassen sich leicht ermitteln:

1. Durch Zusammenarbeit mit dem BUND, der Meßstationen unterhält.
2. Durch die Errichtung einer eigenen Station auf dem Rathaus Mörfelden. (Kosten zwischen 250 bis 10.000 Euro).
3. Durch Abfrage der entsprechenden Stellen auf dem Flughafen.

Nein zum Flughafenausbau

Fast hundert Motive gibt es mittlerweile. Man sieht mit Interesse, dass viele Menschen in unserer Stadt persönlich Stellung beziehen.
Eine ausserordentlich bemerkenswerte Aktion der Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau.

Der Flughafen will noch näher kommen

Fraport-Vize Schölch will noch im Oktober d.J. das Verfahren für „sonstige Betriebsflächen“ einleiten. Darunter auch die Lufthansa-Wartungshalle.
Den Anwohnern soll weis gemacht werden, dass die geplante Lufthansa-Wartungshalle nichts mit der Flughafenerweiterung zu tun haben soll, da das geplante rund 20 Hektar umfassende Gelände zum größten Teil der Fraport gehört. Es liegt zwar außerhalb des jetzigen Betriebsgeländes und eine Kreisstraße muss verlegt werden; aber auch dieses Vorhaben wurde auf seine Raumverträglichkeit hin vom Regierungspräsidenten schon bestätigt.

Flughafenbau in Mexiko verhindert

Eine interessante Nachricht aus Mexiko fanden wir in der Presse:
Nach monatelangen teilweise militanten Bauernprotesten hat die mexikanische Regierung überraschend ihren Plan aufgegeben, im Osten der Hauptstadt einen neuen internationalen Flughafen zu bauen. Das Verkehrsministerium teilte mit, angesichts der Widerstände seitens der Dorfgemeinschaften werde nach einem neuen Standort gesucht. Der bestehende Flughafen hat die Grenzen seiner Kapazität erreicht, kann aber wegen benachbarter Siedlungen nicht erweitert werden.
Verkehrsminister Cerisola erklärte, die Regierung verfolge das Projekt nicht länger, da ein Rechtsstreit mit den Bauern Jahre gedauert hätte. So lange könne mit dem Bau eines neuen Flughafens aber nicht gewartet werden. Mögliche Alternativstandorte sind Beobachtern zufolge weiter von der Stadt entfernt, teurer oder kleiner als das bislang geplante Projekt mit einem Volumen von 2,3 Milliarden Dollar. Mit Straßenblockaden hatten Landwirte seit Anfang Juli gegen die von der Regierung angeordnete Enteignung ihres Landes protestiert, auf dem der neue Flughafen entstehen sollte. Vor zwei Wochen signalisierte die Regierung den Flughafengegnern erstmals ein Entgegenkommen. Die Demonstrationen waren zuvor in gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei eskaliert.

Diskussion mit Wahlkreiskandidaten zur Luftverkehrspolitik
15.8.2002, 20h, Bürgerhaus Mörfelden

Einlader:
Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms

Lufthansa läßt die Katze aus dem Sack

Wie oft wurde uns schon ein Nachtflugverbot versprochen. Jetzt kündigte Lufthansa-Chef Weber an, für den Fall eines Nachtflugverbotes vor Gericht zu ziehen.

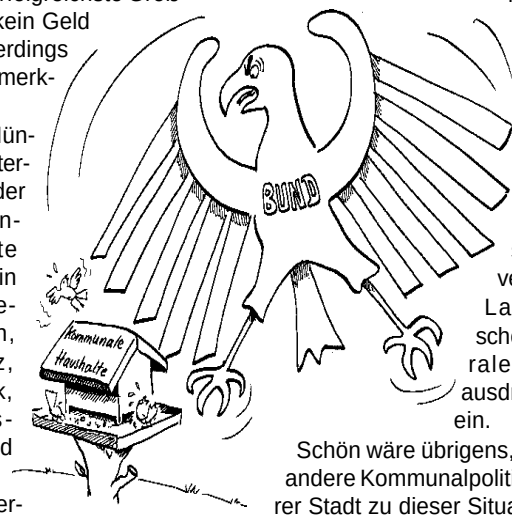
Für eine andere Politik

In einer aktuellen Umfrage der Allensbacher Meinungsforscher heißt es: „Als „Hauptnutznießer der Politik der rot-grünen Koalition“ sehen 39% der Befragten „die Reichen“ und 43% „die Unternehmer“. Nur 12% meinen, dass die Regierungspolitik den Arbeitern und Angestellten genutzt habe; 7% sehen Nutzen für die Älteren oder die Arbeitslosen; 6% meinen, dass sie den Armen zum Vorteil gereicht habe.
Kein Wunder also, dass so viele Menschen der bevorstehenden Bundestagswahl außerordentlich reserviert gegenüberstehen, weil eine Mehrheit der Wähler zu Recht mit weiteren „unangenehmen Maßnahmen“ rechnet. „Das Unbehagen der sozialdemokratischen Wähler an der derzeitigen Koalition ist ein Grund für die Mobilisierungsprobleme der SPD. SPD-Anhänger rechnen wie die gesamte Bevölkerung mehrheitlich auch nicht mit einem Fortbestand der rot-grünen Koalition“.
Dies hat die Erwartungen der Wähler auf eine andere Politik, auf einen sichtbaren Abbau von Arbeitslosigkeit und eine spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse, auf echte ökologische Reformen, auf Friedenspolitik statt Kriegseinsätzen enttäuscht. Deshalb drohen der SPD und besonders den Grünen Stimmenverluste. Und nur deshalb kann sich die CDU/CSU als Sammelbecken aller reaktionären Kreise mit ihrem Kanzlerkandidaten Stoiber Hoffnungen machen, größere Teile der Bevölkerung mit sozialer Demagogie und mit fremdenfeindlichen Parolen erneut irrezuführen. Gegen diese Entwicklung hilft nicht Resignation oder Wut, sondern nur verstärkter außerparlamentarischer Widerstand und das Bündnis und die Zusammenarbeit aller, die eine andere Politik in Deutschland wollen.
Deshalb wirbt die DKP für die Durchsetzung einer völlig anderen Politik, die an den friedenspolitischen, sozialen, demokratischen und ökologischen Grundinteressen der großen Mehrheit der Menschen ausgerichtet ist. Eben eine Politik, die neues Vertrauen und die Erkenntnis schafft, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann. Eine Politik, die sich bewusst hinwendet zur Förderung von Frieden und Abrüstung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Massenkaufkraft, zur Förderung von mehr sozialer Gerechtigkeit durch die Umverteilung der Lasten von unten nach oben und des Reichtums von oben nach unten.

Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbriefe

Am Himmel kreisen die Geier

Dass Stadträte sich gezwungen sehen Haushaltssperren zu verhängen, daran haben wir uns schon fast gewöhnt. Wir kennen es von unserer Stadt, auch von Frankfurt. Dass Deutschlands wirtschaftlich wohl erfolgreichste Großstadt München kein Geld mehr hat, hat allerdings bundesweit Aufmerksamkeit erregt.
In Boomtown München herrscht Katerstimmung. Acht der 30 Dax-Börsenschwergewichte haben ihren Sitz in München - Siemens, Infenion, Epcos, Allianz, Münchner Rück, Hypo-Vereinsbank, MAN und BMW.
Doch die Konzerne zahlen keine Gewerbesteuern mehr. Stattdessen fordern sie bereits gezahlte Vorauszahlungen in Höhe von einer halben Milliarde Euro zurück.
Mit der Finanzmisere der Stadt München ist ein Thema wieder in den „blickpunkt“ geraten, das den Bürgern neben der Arbeitslosigkeit am meisten auf den Nägeln brennt: Die Finanznot der Städte und Gemeinden und deren Auswirkungen.
Nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages sind die Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr um 13,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken. Im zweiten Quartal dieses Jahres waren es sogar 19,2 Prozent. Und das, nach dem schon im Vorjahr die Gewerbesteuereinnahmen bundesweit um 11,7 Prozent eingebrochen waren. Gleichzeitig bürdet der Bund den Städten und Gemeinden immer neue Aufgaben auf, ohne für die entsprechende Finanzausstattung zu sorgen.
Ohne eine tiefgreifende Reform der Gemeindefinanzen können die Städte und Gemeinden nicht überleben. Die Einberufung einer Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen durch die Bundesregierung im Frühjahr dieses Jahres hatte zwar Hoffnungen in den Städte und Gemeinden geweckt. Doch Zweifel sind angebracht. Die Vorgabe Eichels an die Kommission, dass die Reform nicht zu einer Lastenverschiebung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führen darf, ist nicht geeignet, eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung herbeizuführen.
Notwendig ist eine grundlegende Gemeindefinanzreform, die zu einer nachhaltigen Stärkung der kommunalen Finanzkraft führt. Dies schließt neben einer Reform der Gewerbesteuer eine angemessene Neuverteilung der Lasten zwischen den föderalen Ebenen ausdrücklich mit ein.



Schön wäre übrigens, wenn auch andere Kommunalpolitiker in unserer Stadt zu dieser Situation einmal Stellung nehmen würden. Das erwarten wir auch von unserem neuen Stadtkämmerer.
Immerhin war sein Vorgänger bei diesem Thema erfrischend deutlich. Wenn sich in den Kommunen kein Protest entwickelt, meinen nämlich die Berliner sie könnten hier machen was sie wollen.

Tarifrunde 2002

Das Ende der Bescheidenheit?

Die Tarifrunde 2002 geht dem Ende zu. In zahlreichen Branchen hat es mittlerweile einen Tarifabschluss gegeben.
Was haben die Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifauseinandersetzung erreicht? Nach zwei Jahren „moderater Lohnpolitik“ war die Erwartungshaltung bei den Kolleginnen und Kollegen sehr groß und die Hartnäckigkeit der Arbeitgeberverbände, die Tarifwende der sogenannten moderaten Lohnpolitik fortzusetzen, hat zu intensiven Arbeitskämpfen in zahlreichen Branchen (Metallindustrie, Baugewerbe, Einzel-, und Großhandel, Banken, Telekom, Post, Druck und Papier, privates Busgewerbe) geführt. Davon waren die „Herren“ Arbeitgeber überrascht. Immerhin konnten dank der „Streikbewegung“ neue Billiglohngruppen verhindert werden und mit zur Habenseite zählt sicherlich die Reform der Rahmentarifverträge in der Bauwirtschaft mit der Einführung gestaffelter Mindestlöhne. Die Streiks haben auch gezeigt, dass Gewerkschaften weiterhin in der Lage sind, konfliktreiche Auseinandersetzungen zu führen. Es gibt also durchaus einen positiven Ansatz in der diesjährigen Tarifrunde. Trotzdem: Mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 2,9 Prozent auf das Jahr 2002 bezogen sind viele Beschäftigte nicht zufrieden - und das zu recht. Sie fordern ihren gerechten Anteil an den Gewinnen der Unternehmen und wollen für immer mehr Leistung in immer knapper bemessener Zeit nicht mit den Sparbesen bestraft werden. Hinzu kommt, dass die Schere zwischen den unteren und höheren Lohn- und Gehaltsgruppen in vielen Branchen weiter auseinander klafft.

Die Gewerkschaften haben die „moderate Lohnpolitik“ in dieser Tarifrunde nicht wirklich durchbrochen (schwierig wird zudem die Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst nach der Bundestagswahl) und weitere Herausforderungen stehen an: Die Globalisierung hat längst Einzug in die Tarifauseinandersetzungen gehalten. Das wird am Beispiel der Banken deutlich: Die größten deutschen Privatbanken verzeichneten bis 2001 Rekordgewinne, Jahr für Jahr. Trotzdem sollen in den nächsten zwei Jahren 30.000 Beschäftigte entlassen werden. Die Großverdiener in den Vorstandsetagen begründen das allgemein mit den globalen Wettbewerb. Die marktradikalen Angriffe auf den Flächentarifvertrag nehmen in allen Branchen zu und Politiker aus unterschiedlichen Parteien gehen nicht gerade zimperlich gegen das Tarifsystem und seine rechtlichen Grundlagen vor. Dazu gehört auch, dass das Tariftreuegesetz am Widerstand der unionsgeführten Länder im Bundesrat scheiterte.

Im Jahr 2003 wird sich zeigen, ob positive Ansätze der diesjährigen Tarifrunde ausgebaut werden und das Tarifsystem nicht mehr und mehr auseinander fällt. H.F.

Positivlisten

Immer wieder wird man gemahnt: Schau auf die Liste mit den Inhaltsstoffen, bevor du irgendwas Ungesundes im Supermarkt zur Kasse karrst. Machen Sie das mal bei Frühstückseiern! Was weiß man, wessen Futter das angebliche Biohuhn picken muss?
Was aber ist mit jenen »Eiern«, die uns Politiker legen? Nur durch Zufall erfuhren wir gerade, wer auf dem Hof von Bauer Hunzinger gemästet wird.
Obwohl schon vieles übel roch, hat man das Hunzinger-Produkt Scharping erst spät aus dem Regal genommen. Nicht besser sind da diese Schwarzen, deren Gesinnung schon aufs Geld abfärbt. Da überlegt man schon, ob es nicht auch in der Politik Positivlisten geben sollte.

Lassen wir mal den Einwurf, was an Politik denn wohl schon positiv sein könnte, ungehört. Versuchen wir – angelehnt an die Futtermittelliste – uns mal vorzustellen, all jene aufzulisten, denen Politiker bedenkenlos aus der Hand fressen können. Wem ist mit einem leeren Blatt gedient?
Journalisten, keineswegs eine unbestechliche Menschenspezies, haben herausgefunden, jedes MdB wird durchschnittlich von 25 Lobbyisten umschmeichelt. Mal offen, mal konspirativ, ausgesandt von hunderten Konzernen, Unternehmens- und anderen Verbänden.
Wenn der Abgeordnete X auf das hört, was ihm der Unternehmensberater Y einflüstert, dann werden Entscheidungswege ultrakurz. Dann ist irgendwer ganz schnell an jedem Ziel.

Resultat der Überlegungen: Positivlisten wären zu kurz, Negativlisten tendieren ins Unendliche.

Was tun? Vielleicht helfen ja die Wahllisten ein wenig, mit denen wir am 22. September wieder allein gelassen werden. Machen wir diesmal das Kreuz an der richtigen Stelle.

Antifaschismus ins Grundgesetz

Bemerkenswert und zu begrüßen ist es, dass zur Bundestagswahl 2002 kein Wahlkreiskandidat der „Republikaner“, der NPD oder anderer Neonazipartei-en im Wahlkreis Groß-Gerau antritt.
Über die Hintergründe kann man spekulieren.
Nachdem im Verbotsverfahren gegen die NPD öffentlich bekannt wurde, dass jedes siebte Vorstandsmitglied dieser Neonazipartei vom Verfassungsschutz bezahlt wird liegt es womöglich daran, dass die Zahlungen vor Ort ausgeblieben sind. Vielleicht soll auch dem lokalen CDU-Bewerber der Weg freigemacht werden, der uneingeschränkt hinter einem Kanzlerkandidaten der Union steht, der wie kein anderer den rechten Rand bedient und von daher kaum rechts zu überholen ist. Klar ist, im Kreis Groß-Gerau gibt es nach wie vor Wählerinnen und Wähler, die von Rassismus und Nationalismus angesprochen werden, es gibt die „Republikaner“ im Kreistag und ihren unsäglichen „KreisREPort“. Wachsamkeit ist deshalb immer geboten, egal wo und von wem auf diesem „Klavier“ gespielt wird. Die Bundestagsfraktion der PDS hat in den vergangenen Jahren im Parlament und außerparlamentarisch immer wieder entschieden Partei ergriffen gegen jegliche Verharmlosung von Propaganda- oder Gewalttaten gegen Ausländer oder andere Minderheiten in unserem Land.
Sie nimmt den antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes ernst und will diesen Ansatz erweitern. Dazu hat sie u.a. beantragt, den Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes dahingehend zu ergänzen, dass auch „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, nationalsozialistisches Gedankengut wieder zu beleben, verfassungswidrig sind“. Mit diesem Vorschlag ist sie in der laufenden Wahlzeit nicht durchgekommen, aber sie will dieses Projekt auch im nächsten Bundestag fortsetzen. Im Interesse aller Menschen, die in unserem Land friedlich zusammenleben wollen, halte ich das für gut und wichtig.
Angesichts gehäuft vorkommender neonazistischer, rassistischer und antisemitischer Umtriebe und fremdenfeindlicher Aktionen wäre dies ein zeitgerechtes Signal. Der Kampf gegen Neonazis und das Verbot ihrer Demonstrationen und Publikationen würde erleichtert.Mit CDU/CSU und FDP ist in dieser Frage nicht zu rechnen. SPD und Grüne brauchen mehr Druck von links. Gute Gründe am 22.September PDS zu wählen. gs

Die Linke stärken - Stoiber verhindern

Vor vier Jahren haben die Linken im Land gefordert „Kohl muss weg“ und dieses Ziel erreicht. Doch statt einer neuen Politik gab es nur eine neue Regierung.
Viele Menschen erwarteten nach der Ablösung der Kohl-Regierung, dass sich etwas zu ihren Gunsten verändern würde. Die volle Wiederherstellung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Rücknahme der Senkung des Rentenniveaus, Verringerung der Zuzahlung bei Medikamenten, eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes, mehr Steuergerechtigkeit - all das wurde versprochen. Viele Wählerinnen und Wähler erwarteten zu Recht nicht Einschnitte in Leistungen, sondern Mehrleistungen des Staates, keine Einschränkungen der sozialen Absicherung, sondern einen Ausbau staatlich garantierter Sicherungsleistungen.
Aber nach dem Rückzug von Oskar Lafontaine hat die rot-grüne Regierung den Weg der neoliberalen Modernisierung eingeschlagen und die Außenpolitik militarisiert.
Wenn heute die CDU/CSU, die von den Rüstungs- und Ölkonzernen finanzierte Schwarzgeldpartei, sich überhaupt wieder Chancen ausrechnen kann, liegt das daran, dass die Schröder-Fischer-Regierung dafür den politischen und sozialen Nährboden entstehen ließ, indem sie den Kurs der Kohl-Regierung in allen wesentlichen Fragen fortsetzte.
Dagegen hat die PDS als einzige Bundestagspartei ihre konsequente Friedenspolitik fortgesetzt. Sie hat den Steuergeschenken an Konzerne und Spitzenverdiener widersprochen, dem Systembruch in der Rentenversicherung Widerstand entgegengesetzt und für eine Politik sozialer Gerechtigkelt gestritten. Eine solche Opposition im Deutschen Bundestag halte ich für unverzichtbar.
Deshalb bitte ich die Wählerinnen und Wähler, der PDS die Stimme geben, um linke Politikalternativen zu stärken und dem Rechtspopulisten Stoiber entgegen zu treten.

Gerd Schulmeyer
Direktkandidat der PDS
im Wahlkreis Groß-Gerau

Aus dem Kreistag

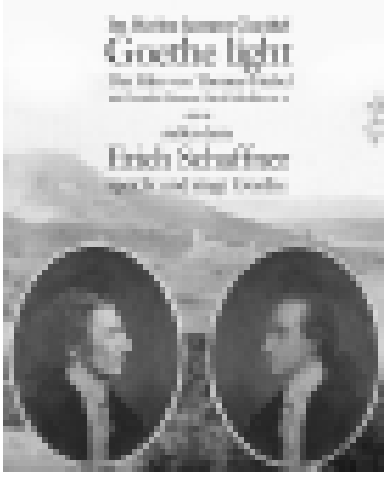
Die Fraktion PDS / Offene Liste im Kreistag fordert die Fortsetzung des Radweges entlang der Landesstraße zwischen Wallerstädten und der Rheinfähre Kornsand-Oppenheim über Geinsheim.

Im Antrag heißt es u.a.:
„Der Kreisausschuß wird beauftragt sich in einer gemeinsamen Initiative mit den Anliegergemeinden Groß-Gerau und Trebur sowie den Landtagsabgeordneten an die Hessische Landesregierung und den Landtag zu wenden, um auf die Dringlichkeit des oben genannten Radweges hinzuweisen und eine schnelle Zuteilung der Fördermittel zu erreichen.“
Seit Jahren ist der Radweg zwischen Groß-Gerau und dem Stadtteil Wallerstädten vorhanden und wird gut angenommen. Eine Fortsetzung bis zur Rheinfähre ist dringend erforderlich, um die Sicherheit der Radfahrer zu gewährleisten und um den Anschluss an das vorhandene Radwegenetz zu erreichen. Diese Verbindung, auch zur anderen Rheinseite, würde der zunehmenden Attraktivität des Fahradfahrens im Kreis Groß-Gerau für Berufstätige, Vereine und Familien Rechnung tragen.

Weiter auf dem Weg zu einer radfahrerfreundlichen Stadt

Es ist ein mühsamer Weg und viele Initiativen, Anträge und Hinweise, auch aus der Bevölkerung waren und sind noch nötig, um das Ziel zu erreichen. Wer sich, wie die DKP/OL - Fraktion im Stadtparlament und in ihrer Stadtzeitung „blickpunkt“, seit über 10 Jahren um eine umweltfreundliche Verkehrspolitik und damit um mehr Sicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer kümmert, sollte auch hin und wieder Bericht erstatten über Erfolge bzw. Verbesserungen aber auch auf Mängel und Gefahren hinweisen, die noch beseitigt werden müssen.
Was hat sich im letzten Jahr in unserer Stadt getan?
Inzwischen ist auch das zweite Teilstück des Radweges entlang des Vitrolles-Ring (östliche Seite) vom Schwimmbad kommend, neu gestaltet und mit Asphalt überzogen worden.
Der Rad- und Fußweg entlang des Bahndamms zwischen Gärtnerweg und Friedhof wurde saniert. Die gleichzeitig geforderte Verbreiterung der Brükke über den Gerätsbach steht noch aus.
Der Radweg entlang der Farmstraße (östl. Seite), zwischen Ecktännchen und Aschaffenburger Straße wurde fertiggestellt. Auf der westlichen Seite ist ein Teilstück im Bau. Eine Fortsetzung bis zum Bahnhof Walldorf und darüber hinaus, wenn auch nur als Fahrradstreifen, ist anzustreben.
Links und rechts der Okrifteler Straße wurden bzw. werden zur Zeit weitere Teilstücke von Rad-/Fußwegen in Höhe der Sporthalle Walldorf und Einmündung der Straße An den Sportplätzen hergerichtet. Eine Fortführung in Richtung Festplatz und darüber hinaus muß in den nächsten Jahren das Ziel sein.
An den bereits fertiggestellten Kreiseln (Vitrolles-Ring - Zillering sowie Alpenring) und an den demnächst in Betrieb gehenden Kreiseln Okrifteler Straße – Nordring und Aschaffenburger Straße – Farmstraße wurde bzw. werden in Form von Querungshilfen die Überquerung der stark befahrenen Straßen für Fußgänger und Radfahrer sowie der Anschluß an die Radwege gut gelöst.
Der beantragte Kreisel an der Kreuzung Gärtnerweg – Westendstraße – Ringstraße zur gefahrlosen Überquerung der stark befahrenen Straßen für Fußgänger und Radfahrer scheint in die Gänge zu kommen. Wie zu erfahren war, sind die Vorplanungen abgeschlossen, eine Vorlage in die städtischen Gremien auf den Weg gebracht und das Amt für Straßenbau - Darmstadt hat 80% Förderung in Aussicht gestellt.
Das alles sind Schritte in die richtige Richtung, jedoch muß noch mehr geschehen. An vielen Stellen in unserer Stadt müssen unbedingt noch Randsteinabsenkungen für Radfahrer und Rollstuhlfahrer vorgenommen werden. Die für Radfahrer nicht ungefährliche Verbindung zum Mörfelder Schwimmbad, zum Waldstadion und zum Walldorfer Badesee darf nicht in Vergessenheit geraten. Ebenso ist eine Fortsetzung des Radweges zwischen Nordring und Aschaffenburger Straße im Bereich Einmündung Kelsterbacher Straße dringend erforderlich. Fahrradstreifen an verkehrsreichen innerstädtischen Straßen lassen auf sich warten. Radwegelücken müssen geschlossen und das Befahren von Einbahnstraßen in Gegenrichtung sollte für Radfahrer ermöglicht werden.

Heinz Hechler



blickpunkt

im Internet
www.dkp-mw.de

Neu in der Fraktion der DKP/OL

Ich heiße Björn Doland und bin am 16. Januar 1979 in Frankfurt am Main geboren. Seitdem wohne ich in Mörfelden-Walldorf. Zur Zeit bin ich in meinem gelernten Beruf als Zweiradmechaniker tätig.

Auf unserer Welt nehmen Hunger, Armut, Krieg und Existenznot weiter zu. Auch hier in Deutschland sind die Auswirkungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer stärker zu spüren. Sozialabbau, Umweltzerstörungen, Repressionen und die Aushöhlung von Grundrechten schreiten hemmungslos voran. In unserer Stadt wurden unlängst deftige Preiserhöhungen für Kindergärten und Kulturveranstaltungen in unserem Stadtparlament beschlossen.

Ich bin seit 1999 Mitglied der PDS, weil ich eine andere Gesellschaft will! Eine, in der Frieden, Freiheit, Solidarität, Umweltschutz, Existenzsicherung für alle Menschen, Gleichberechtigung und Anerkennung von verschiedenen Lebensweisen selbstverständlich ist.
Ich habe bei der letzten Kommunalwahl auf der DKP/Offene Liste kandidiert,da es notwendig ist, vor Ort für dieses Ziel zu arbeiten.
Auch wenn es sicher nicht einfach wird freue ich mich, in dieser Zeit das Mandat von Rudi Hechler zu übernehmen.

Stadtgeschichten

Die Mähmaschinen brachten schon in den 1930 er Jahren auch eine Erleichterung bei der Getreideernte. Vorerst waren es nur wenige Landwirte, die sich die neuen, noch von Pferden gezogenen, Geräte leisten konnten. Den Grasschnitt auf der Wiese konnte noch eine Person bewältigen, jedoch erforderte das Mähen von Getreide einen zweiten Mann, der das Gemähte zum Binden ablegte. Der größte Teil der von den Nebenerwerbslandwirten angepflanzten Äcker unserer Gemarkung mußten, auch bedingt durch die Kriegsjahre, noch bis in die 50er Jahre mit der Sense gemäht werden. Die später für kurze Zeit auf den Feldern zu sehenden Traktoren mit angehängtem „Binder“ ersetzten nicht nur den Mann mit der Sense, sondern auch die Frau mit der Sichel, die das Gemähte aufraffte (gleckte) und zusammenband. Nach wie vor mußte das Getreide jedoch, bevor es zur Dreschmaschine gefahren wurde, zum Trocknen aufgestellt werden. Eine große Veränderung brachte danach, der auch dieses Jahr wieder über die Felder zwischen Walldorf und Mörfelden rauschende Mähdrescher. Für die Arbeit, für die vor 50 Jahren noch die ganze Familie antreten mußte, wird heute nur noch ein Mann, für einen Bruchteil der Zeit, benötigt. Das Foto, etwa 1940 aufgenommen, zeigt von links die Walldorfer Philipp Cezanne (Schützephilipp) und Jakob Meffert (Postjakob) mit seinem Enkel Franz Zilg beim „Kornabmache“.

Eine andere Politik ist möglich

Diskussionsabend mit Luc Jochimsen
ehemalige Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks
Kandidatin auf Platz 1 der PDS-Landesliste

Gerd Schulmeyer, Bundestagskandidat der PDS im Wahlkreis GG

Mittwoch, 21. August 2002
20 Uhr, Mörfelden
Bürgerhaus, Gesellschaftssaal

PDS

Unser Lexikon

Schbrisch

Immer schee
langsam de Reih nooch,
wie mer die Klees ißt.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.